



Vorsitz: Kroatien

513. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 2. Mai 2007

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 11.20 Uhr

2. Vorsitz: V. Matek

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Keine

Punkt 2 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

(a) *Vortrag zum Thema „Rolle und Perspektiven des Regionalen Verifikations- und Unterstützungszentrums zur Implementierung von Rüstungskontrollabkommen (RACVIAC) in Gegenwart und Zukunft“ von S. Papotis, Direktor von RACVIAC: Vorsitz, S. Papotis (FSC.DEL/201/07 OSCE+), Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika*

(b) *Vortrag der Delegation der Russischen Föderation zum Thema „Abwehr ballistischer Flugkörper in Osteuropa und die europäische Sicherheit“: Russische Föderation (Anhang), Vereinigte Staaten von Amerika, Polen, Tschechische Republik, Belarus, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Niederlande, Vorsitz*

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

Protokollarische Angelegenheiten: Dänemark

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 9. Mai 2007, 10.00 Uhr im Neuen Saal



513. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 519, Punkt 2(b) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Dieser Tage hielt der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, seine jährliche Rede vor der Bundesversammlung der Russischen Föderation, in der er neben innenpolitischen Fragen auch auf eine Reihe aktueller internationaler Probleme einging. Insbesondere machte er auf Pläne zur Errichtung von Raketenabwehrprojekten der Vereinigten Staaten in Osteuropa aufmerksam. Es liegt auf der Hand, dass diese Pläne nicht allein ein Problem der russisch-amerikanischen Beziehungen sind. Auf die eine oder andere Weise berühren sie die Interessen aller europäischen Staaten, auch jener, die nicht der NATO angehören, da sie die Sicherheitslage auf dem Kontinent drastisch verändern. Daher verdient diese Frage, ja sie verlangt sogar eine Behandlung in der OSZE. Denn es sind genau diese die Völker Europas bewegenden Probleme, mit denen sich unsere Organisation im Rahmen der militärisch-politischen Dimension befassen muss.

Dass die europäischen Völker diesem Problem gegenüber keineswegs gleichgültig sind – davon zeugt die breit angelegte Diskussion, die derzeit geführt wird. Wir begrüßen auch, dass diese Diskussion in erster Linie auf der Ebene der öffentlichen Meinung stattfindet, in den Massenmedien, und nicht hinter verschlossenen Türen. Diese offenen Debatten können als Beweis für die Gesundheit der heutigen europäischen Politik und die Reife der europäischen Gesellschaften angesehen werden. Aber auch die multilateralen offiziellen Organe können und dürfen vor dieser Frage die Augen nicht verschließen, eine Frage, die in der Lage ist, die geostrategische Landschaft Europas auf Jahre und Jahrzehnte hinaus zu verändern. Das betrifft nicht zuletzt – vielleicht sogar in erster Linie – das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation, das, wie aus seinem Mandat und seinem Namen hervorgeht, nicht nur dazu berufen ist, sich mit technischen Aspekten der Durchführung des Wiener Dokuments oder des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen auseinanderzusetzen, sondern auch mit den wirklich großen Problemen der europäischen Politik.

Es sei daran erinnert, dass die russische Delegation diese Frage schon am 27. September 2006 im Forum aufgeworfen hat, und zwar in der Sondersitzung zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Wir haben damals unsere Überzeugung geäußert, dass die Pläne zur Errichtung von Raketenabwehrelementen in Osteuropa den im Verhaltenskodex verankerten Verpflichtungen zuwiderlaufen. Insbesondere geht es um dessen Absatz 3, der besagt, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen dürfen. Leider sind die von uns geäußerten Bedenken im September unbeantwortet geblieben. Eine echte Diskussion zu diesem Thema kam damals nicht

zustande. Die meisten Delegationen hüllten sich in Schweigen. Wir hoffen, dass dies nicht ein Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber diesem brennenden Problem war, das, es sei hier noch einmal gesagt, die Interessen aller Staaten im OSZE-Raum und nicht nur jene Russlands, der Vereinigten Staaten, Polens und der Tschechischen Republik berührt.

Erlauben Sie mir, dass ich unsere grundlegenden Standpunkte darlege. Die Pläne zur Errichtung von Raketenabwehrelementen in Polen und der Tschechischen Republik bedeuten, dass erstmals nach Beendigung des „Kalten Krieges“ die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent eine strategische Komponente erhält. Die Umsetzung einseitiger Pläne, die das europäische Sicherheitsgefüge betreffen, wird das Sicherheitsgefühl auf dem Kontinent sicherlich nicht stärken. Dabei stellt sich natürlich auch die Frage, inwieweit dies zu einer Abwertung der gesamteuropäischen Institutionen und des Konzepts der kollektiven Sicherheit insgesamt führen wird. Es fragt sich auch, welche Rolle der NATO bei der Umsetzung der militärpolitischen Strategie der Vereinigten Staaten zukommt, die, soviel wir wissen, autonom formuliert wird. Viele stellen sich auch die naheliegende Frage, wie sich all dies in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union widerspiegeln wird.

Es versteht sich von selbst, dass eine solche Entwicklung der Dinge Russland, das durch Bande der gegenseitigen geostrategischen Abhängigkeit sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit Europa verbunden ist, objektiv nicht unberührt lassen kann. Wo liegen nun unserer Ansicht nach die Risiken im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Vereinigten Staaten?

In erster Linie führt es zu einer Erosion dessen, was üblicherweise als strategische Stabilität bezeichnet wird, deren Vorzüge praktisch allen Staaten der Welt zugute kommen. Es könnte auch das Regime der „Selbstbeschränkungen und Gegengewichte“ in der gesamten globalen Politik Schaden nehmen.

Eine objektive Wechselwirkung zwischen strategischen Angriffswaffen und Verteidigungswaffen gab es schon immer. Übrigens wurde gerade deshalb auf Initiative der Vereinigten Staaten 1972 der Raketenabwehrvertrag geschlossen. Die Entwicklung einer strategischen Verteidigungskomponente kann das Angriffspotenzial der anderen Seite beeinträchtigen. Vieles hängt natürlich von ihrer künftigen Entwicklung ab, doch die Vereinigten Staaten setzen sich keinerlei Grenzen, auch nicht hinsichtlich der Weiterentwicklung der kampftechnischen Ausstattung ihres Raketenabwehrstützpunkts in Europa, oder, auf dieser Grundlage, der möglichen Stationierung eines breit angelegten Systems von Abfangflugkörpern auf dem Kontinent. Und auch die Art der Schächte, die für die Abfangflugkörper verwendet werden, erinnert verdächtig an die Abschussanlagen für ballistische Interkontinentalraketen. Was wird dann in fünf oder zehn Jahren in diesen Schächten sein? Kurz gesagt, in dieser Frage gehen wir nicht von den erklärten Absichten aus, sondern vom Potenzial des Systems, und dieses gibt Anlass zu ernststen Bedenken.

Wir können diese Fragen umso weniger isoliert betrachten, als der Stützpunkt in Europa Teil des globalen Raketenabwehrsystems sein wird, dessen Bestandteile die Tendenz haben, sich auf der ganzen Länge in Richtung der russischen Grenzen zu bewegen.

Es wird schon ganz offen gesagt, dass in der Folge jedes künftige Raketenabwehrsystem der NATO auf die Bedürfnisse der nationalen Raketenabwehr der Vereinigten Staaten

zugeschnitten sein wird. Das heißt, die Parameter der Raketenabwehrarchitektur in Europa werden schon jetzt einseitig vorgegeben, und das berührt die Interessen aller europäischen Staaten und mit Sicherheit jene Russlands.

Wo es doch um die Raketenabwehr – unter anderem – in Europa geht, wurde da Europa eigentlich gefragt? Dann sind alle früheren Gespräche über eine kollektive Arbeit an Raketenabwehrprojekten auf dem Kontinent unter Einbindung Russlands jetzt auch in Frage gestellt, wo doch die Zusammenarbeit in diesem Bereich in den letzten Jahren als einer der wichtigsten Faktoren zur Überwindung des Erbes des „Kalten Krieges“ in der europäischen Politik und zur tatsächlichen Wiederherstellung der Einheit des Kontinents betrachtet wurde.

Noch eine wichtige Frage: Wie realistisch ist die Bedrohung durch Raketen, zu deren Abwehr, wie man uns zu überzeugen versucht, der europäische Raketenabwehrstützpunkt der Vereinigten Staaten vorgesehen ist? Wir sind davon überzeugt, dass heute und in absehbarer Zukunft Europa und die Vereinigten Staaten keiner solchen Bedrohung ausgesetzt sind. Eine Raketenbewaffnung, die Europa real bedrohen würde, gibt es in keinem einzigen der sogenannten Problemstaaten. Und der Bau von Raketen, die in der Lage sind, die Vereinigten Staaten zu erreichen, ist eine noch schwierigere Aufgabe. Dazu bedarf es anderer Technologien, anderer Produktionskapazitäten.

Wir sind kategorisch gegen „strategische Spiele“ in Europa, die dazu angetan sind, buchstäblich in einem leeren Raum ein Konfrontationspotenzial zu schaffen und die europäische Politik nach dem Prinzip „Mein und Dein“ auszurichten. Es kann uns auch nicht gleichgültig lassen, dass es unsere Partner an der Bereitschaft zu einer kollektiven Erörterung dieser Fragen fehlen lassen, einschließlich der Beurteilung potenzieller Bedrohungen (und diese, das sei hier noch einmal gesagt, zeichnen sich derzeit nicht ab) sowie der Verabschiedung und Umsetzung gemeinsamer Beschlüsse. Warum diese Eile, und warum die Einseitigkeit – das konnte uns bisher noch niemand überzeugend erklären. Und das macht uns Sorgen. Wir müssen auf unsere Weise darauf antworten, da die Sicherheit Russlands, unabhängig davon, wie sich die Lage weiterentwickelt, gewährleistet sein muss und gewährleistet sein wird. Und wir werden bei unserer Antwort vom Grundsatz der vernünftigen Hinlänglichkeit ausgehen.

Es sind auch noch andere negative Konsequenzen in Betracht zu ziehen. Wir denken dabei in erster Linie daran, dass durch diese Pläne praktisch verneint wird, dass es überhaupt möglich ist, die von der Proliferationsgefahr ausgehenden Probleme auf politisch-diplomatischem Wege zu lösen. Die Fortschritte bei der Lösung des nuklearen Problems auf der koreanischen Halbinsel zeugen davon, dass dies möglich ist, wenn auf allen Seiten guter Wille vorhanden ist.

Wir sind davon überzeugt, dass gerade jetzt ein ernsthafter Dialog über diese Problematik angebracht und notwendig ist. Es liegt uns fern, irgend jemandem etwas aufzuzwingen. Was wir alle brauchen, ist zumindest eine ernsthafte, argumentativ geführte Debatte in der Sache, denn mit Briefings allein, die keine Antwort auf konkrete Fragen geben, ist es nicht getan. Man sollte auch nicht versuchen, die geplante Störung des strategischen Gleichgewichts mit hypothetischen Risiken zu rechtfertigen. Stattdessen sollte man sich auf eine gemeinsame Analyse realer Bedrohungen durch Raketen konzentrieren. Bei einer solchen Beurteilung würde sich übrigens herausstellen, dass Radaranlagen und Abfangflugkörper nicht dort stationiert werden müssen, wo es geplant ist, sondern weiter südlich. Erst nach

einer gemeinsamen Analyse wäre es sinnvoll, gemeinsame Beschlüsse zu fassen, die natürlich nicht durch einseitige Handlungen vorprogrammiert sein dürfen.

Mit einem Wort, wir sind bereit zur Zusammenarbeit und zu Gesprächen sowohl über bilaterale russisch-amerikanische Kanäle, als auch im Rahmen des Russland-NATO-Rates und der OSZE. Aber nur auf Grundlage der Gleichberechtigung und nicht zum Nachteil unserer Sicherheitsinteressen.

Wir zählen auf die Fortsetzung ernsthafter Gespräche zu diesem brennend heißen Thema im OSZE-Forum.

Wir ersuchen, den Text dieser Erklärung dem heutigen Sitzungsjournal beizufügen.